



Initiativen gegen Pestizid

Bern verpasst eine wichtige Chance



ANGELIKA HARDEGGER

Wer Dramen liebt, sollte dieser Tage eine Bauernzeitung abonnieren. In der Landwirtschaft beginnt ein Abstimmungskampf erster Güte. Es geht um die massive Senkung des Pestizidverbrauchs. Zwei Volksinitiativen stellen diese Forderung auf. Im Mai 2020 sollen sie an die Urne kommen. Der Bauernverband unter Markus Ritter budgetiert eine Million Franken, um die Initiativen zu Fall zu bringen. Sogar der Agrarkonzern Fenaco mischt im Abstimmungskampf finanziell mit. Beide finden, die Initiativen gingen zu weit – und sie haben recht. Die Initiativen gehören in die Kategorie Krawall: Sie machen Lärm und fordern bewusst zu viel.

Im Optimalfall ringen die Initianten den Bauern so Konzessionen ab. Im Moment zeichnet sich eher ein Reinfall ab. Vertreter von SP und Grünen haben einen gemässigten Kompromiss in Form eines Gegenvorschlags präsentiert. Er ist am Freitag von der Kommission des Nationalrats abgelehnt worden. Die Parlamentarier haben damit eine wichtige Chance vertan. Zwar sagt der Bauernverband bei jeder Gelegenheit, alles sei aufgegleist, man habe einen Aktionsplan Pflanzenschutz, man werde mit der Agrarreform Massnahmen zur Pestizidreduktion verabschieden. Dass die Bauernlobby nicht vorhat, diese Versprechen einzuhalten, ist aber offensichtlich. Sonst hätte sie den Gegenvorschlag akzeptiert, der alle bestehenden und geplanten Massnahmen verbindlich gemacht hätte.

Die Bauernvertreter im Parlament haben andere

Pläne. Sie wollen den Kampf um Pestizide an der Urne gewinnen. Mit einem zweifachen Nein im Rücken werden sie dann in die Debatte um die künftige Agrarpolitik gehen – und möglichst alle Konzessionen im Bereich Pestizide abwehren. Markus Ritter hat das bauernschlau eingefädelt. Aber im Interesse der Gesellschaft liegt dieses Szenario nicht.

Anfang April hat das ETH-Wasserforschungsinstitut aufgezeigt, dass Bäche im Landwirtschaftsgebiet stark mit Herbiziden oder Insektiziden belastet sind. Eine Woche später wiesen Forscher aus Lausanne sogar auf Bioäckern und ökologischen Ausgleichsflächen Pestizide nach. Als wichtigsten Grund dafür nennen sie die Abdrift von konventionell bewirtschafteten Feldern. Die Schweiz hat ein echtes Problem mit Pestiziden. Es ist Zeit, dass die Politik verbindliche Lösungen verabschiedet.

Ein generelles Verbot brauchen wir nicht, griffige Massnahmen zur Eindämmung des Verbrauchs schon. Eine Lenkungsabgabe könnte die nötigen Anreize setzen. Das Problem bei den Pestiziden ist dasselbe wie beim CO₂: Die Umweltkosten werden heute nicht von denen getragen, die sie verursachen.

Erst wenn Pestizide teurer werden, lohnt es sich für Bauern, auf schonende Methoden der Schädlingsbekämpfung zurückzugreifen. Erst dann werden technologische Innovationen interessant. Wir werden bald so weit sein, dass Roboter auf Feldern herumfahren und ganz gezielt Unkraut auszupfen können. Aber solange die Option Chemiekeule zu billig ist, wird diese Roboter niemand kaufen.

Das Parlament kann immer noch einen echten Kompromiss in Form eines Gegenvorschlags beschliessen. Es sollte diese Chance nutzen. Dann könnten alle die Bauernzeitung wieder abbestellen.